

Zukunftspapier der Jungen Union Deutschlands

Beschluss des Zukunftskongresses der Jungen Union am 5. Dezember in Coburg

Einleitung

Wege in die demografische Zukunftsfähigkeit Deutschlands, Globalisierung, Migration, der Verlust von Werten, die Energiewende und ein nachhaltiger Umgang mit Ressourcen sind die großen Herausforderungen unserer Zeit. Die politisch gewollte und durch die Digitalisierung beschleunigte immer stärkere internationale Vernetzung von Waren und Dienstleistungen, von Menschen und Maschinen erfordert ordnungspolitische Antworten. Das Zusammenleben der Gesellschaft, die Zukunft des Familienbildes und der eigenen Identität erfordern Leitlinien. Die Junge Union stellt sich diesen Herausforderungen und sucht nach Lösungen für die drängenden Fragen, die die jüngere Generation besonders bewegen.

Warum jetzt? Warum 2015?

Deutschland geht es im Jahr 2015 gut. Wir erleben Wirtschaftswachstum, sinkende Arbeitslosigkeit und einen ausgeglichenen Haushalt. Dieser Erfolg ist nicht selbstverständlich. Er ist hart erarbeitet und muss verteidigt werden. Der globale Wettbewerb um die klügsten Köpfe, die besten Ideen und die innovativsten Produkte ist ebenso in vollem Gange wie der Wettbewerb um Wertvorstellungen, gesellschaftliche Leitbilder. Das deutsche Erfolgsmodell, die Soziale Marktwirtschaft als unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung wird auf die Probe gestellt. Wir werden weniger, wir werden älter, während die Welt um uns herum wächst, neue Märkte entstehen und sich das globale Wirtschaftswachstum zunehmend unabhängiger von der westlichen Welt entwickelt. Diese Entwicklung eröffnet gerade Deutschland und seiner exportorientierten Volkswirtschaft neue Chancen für neue Absatzmärkte.

Deshalb müssen wir schon heute die Antworten auf die Fragen von morgen finden. Wie möchten wir zukünftig leben und arbeiten? Wie definieren wir Heimat und Familie angesichts beschleunigter Veränderungsprozesse? Wo müssen wir uns Veränderungsprozessen ganz klar entgegenstellen, um Bewährtes zu bewahren? Wie gestalten wir die Globalisierung und Digitalisierung?

Über diese und andere Fragen haben wir im Netz und auf Veranstaltungen mit den Mitgliedern

der Jungen Union bundesweit diskutiert. Die Ergebnisse finden sich nun in diesem Antrag, der durch das höchste Beschlussgremium der Jungen Union, den Deutschlandtag, diskutiert und verabschiedet wird. Die detaillierte Ausgestaltung der Forderungen erfolgt dann durch die Fachkommissionen des JU-Bundesverbandes. Abschließend lässt sich festhalten, dass die mit Sachlichkeit und Leidenschaft geführte Zukunftsdebatte für unseren Verband eine Bereicherung darstellt. Es wurde eine Möglichkeit für alle JU-Mitglieder geschaffen, gemeinsam inhaltliche Positionen auszutauschen und zu erarbeiten.

1. Identität, Werte und Ehrenamt – Was hält uns in Zukunft zusammen?

1.1 Identität und Werte

Wir fragen uns:

Leitkultur oder multikulturelles Miteinander?

Weitere Individualisierung oder Stärkung der Gemeinschaft?

Wie kann das Gemeinschaftsgefühl aller Bewohner in Deutschland gestärkt werden?

Womit sollen wir uns als Deutsche identifizieren?

Welche Werte dürfen nicht aufgegeben werden?

Wie sollen gesellschaftliche Veränderungen beeinflusst werden und in welche Richtung?

Wie kann den Menschen die Angst vor Veränderung genommen werden?

Eine zunehmende Individualisierung und der Verlust einer gemeinsamen Identität sind bereits seit Jahrzehnten festzustellen. Globalisierung, Mobilität und eine damit einhergehende Internationalisierung von Wirtschaft, Kultur und Sprache verändern nicht nur die Zusammensetzung der Bevölkerung, sondern auch ihr Bild von Gesellschaft und Heimat. Traditionen und Brauchtum sowie die Bindungskraft von Religionen, Vereinen und Parteien wandeln sich. Diese Veränderungen müssen wir gestalten. Dafür bedarf es jedoch eines Wertekompasses, der im gesamtgesellschaftlichen Interesse die "Spielregeln" unserer Gesellschaft definiert und Orientierung und Halt gibt.

Auf der Grundlage unseres christlich-abendländischen Menschenbildes sowie unverrückbarer Prinzipien wie Freiheit und Verantwortung, Solidarität und Subsidiarität, Patriotismus, Gerechtigkeit, die Würde des Menschen wollen wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, Veränderungs- und Verlustängste ernst nehmen und den Dialog der politischen Entscheidungsträger mit breiten Teilen der Bevölkerung kontinuierlich ausbauen. Wir als Junge

Union müssen uns klarer als in der Vergangenheit zu unseren christlichen Wurzeln bekennen. Die christlichen Traditionen und Werte sind seit jeher Leitlinien unserer Politik. Die Junge Union ist sich bewusst, dass das politische Handeln und die Übernahme von Verantwortung auch stets von Demut geprägt sein sollten. Diese Erkenntnis zieht sie aus dem christlichen Menschenbild. Die Unionsfamilie muss sich in ihrem internen Meinungsbildungsprozess darauf besinnen, dass unsere Positionen auf christlichen Werten beruhen. Dabei erachten wir den Austausch zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen als elementar, da nur gemeinsam ein zeitgemäßes, identitäts- und heimatstiftendes Deutschlandbild gezeichnet werden kann. Der Sonntag als Feiertag muss erhalten und geschützt werden. Das schon vor Tausenden von Jahren nieder geschriebene Recht auf einen Tag der Besinnung und Einkehr ist aktueller denn je.

Wir fordern:

Vermittlung einer positiven Einstellung zu den Chancen der Globalisierung

Aktive Gestaltung der Globalisierung durch Politik und Gesellschaft

Diskussionsprozess zum Deutschlandbild

Stärkere Vermittlung der Grund- und Menschenrechte sowie des christlichen Menschenbildes

Gesamtkonzept für diejenigen, die sich geringfügig oder gar nicht ehrenamtlich engagieren

1.2 Ehrenamt

Wir fragen uns:

Ehrenamtliches Engagement oder staatliche Fürsorge?

Hat das Ehrenamt noch Zukunft?

Kirchen, Vereine und Parteien verlieren fortlaufend Mitglieder. Dabei sind es gerade die ehrenamtlichen Strukturen, mit denen sich der gesellschaftliche Zusammenhalt über soziale Unterschiede, Berufsstände und Ethnien hinweg stärken lässt. Ihre Existenz ist unentbehrlich, um der Individualisierung zu begegnen, die Integration zu verbessern sowie die Identifikation mit unserem Land zu stärken. Ebenso ist der Staat auf die ehrenamtliche Arbeit angewiesen, um gesellschaftliche Herausforderungen, wie z.B. in der Pflege, zu meistern. Der Staat könnte die Milliardensummen, die durch ehrenamtliches Engagement jährlich eingespart werden, niemals selbst aufbringen und muss daher ein genuines Interesse an der Stärkung des Ehrenamts haben. Ehrenamtliche Katastrophenhelfer leisten einen wertvollen Beitrag zur Krisenbewältigung. Um mehr Freiwilligen die Teilnahme an der Katastrophenbekämpfung zu ermöglichen, soll bundesweit eine staatliche Lohnfortzahlung eingerichtet werden. So können

Arbeitgeber, die Ihre Mitarbeiter freistellen, entlastet und der Einsatz der Katastrophenhelfer gewürdigt werden.

Für die Bereicherung, die ein vom Leistungs- und Wettbewerbsgedanken entkoppeltes bedingungsloses Einstehen für andere mit sich bringt, muss daher stets auf ein Neues geworben werden. Gerade die aktuellen Herausforderungen der Flüchtlingskrise haben aber auch gezeigt wie groß die Bereitschaft zur Hilfe für Mitmenschen in unserer Gesellschaft noch ist. Ehrenamtliche Strukturen sind zu stärken und die Formate und Beteiligungsmöglichkeiten an die veränderten Präferenzen der Menschen anzupassen. Dies kann neben regelmäßigen Befragungen der Mitglieder auch Angebote zur projektorientierten Mitarbeit umfassen.

Wir fordern:

Schaffung flexibler Ehrenamtsmodelle

Steuerliche Anreize für Arbeitgeber, die Ehrenamt unter Mitarbeitern besonders fördern

Tag der Anerkennung für Menschen im Ehrenamt und Einführung von deutschlandweiten Ehrenamtskarten mit besonderen Vergünstigungen

Zeitliche Flexibilisierungen bei der Ausübung von politischen Mandaten

Terminierung kommunaler Sitzungen in der Regel in den Abendstunden

Ausbau der Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen, Unternehmen und Vereinen

2. Globalisierung und Wettbewerbsfähigkeit

2.1 Wettbewerbsfähigkeit

Wir fragen uns:

Wie können wir uns dem globalen Wettbewerb stellen?

Wie erhalten wir unsere Wettbewerbsfähigkeit?

Wie steigern wir unsere Innovationskraft?

Ist die Erbschaftssteuer nicht ungerecht?

Die Welt um uns herum dreht sich schneller. Damit unsere Unternehmen im globalen Wettbewerb mithalten können und Deutschland als Investitionsstandort attraktiv bleibt, müssen bürokratische Hemmnisse weiter abgebaut werden.

Mit dem Bürokratieabbau muss eine grundlegende Steuerreform einhergehen, wobei die beschlossene Schuldenbremse einzuhalten ist. Der Abbau von Subventionen, die Vereinfachung von Steuergesetzen und die Bekämpfung von Steuervermeidung ermöglichen Effizienzsteigerungen sowie eine transparente und gerechtere Lastenverteilung. Die "Steuererklärung auf dem Bierdeckel" darf keine Vision bleiben. Der beschlossene Abbau der kalten Progression muss in eine dauerhafte und automatische Anpassung der Einkommenssteuersätze an die Inflationsentwicklung überführt werden. Multinationale, in Deutschland tätige Unternehmen müssen ihre in Deutschland erwirtschafteten Gewinne auch in Deutschland versteuern. Dazu benötigen wir auch gemeinsame Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten. Steuerflucht sollte zudem stärker als bisher gesellschaftlich bekämpft werden. Dies ist ein im Kern marktwirtschaftliches Anliegen, da die durch Steuerflucht entstehenden Mindereinnahmen den ehrlichen Leistungsträgern in unserem Land in Form erhöhter Steuern und Abgaben in Rechnung gestellt werden und eine Wettbewerbsverzerrung darstellen. Ein Abbau von Bürokratie und eine Senkung der Steuersätze vermindern auch die Vorteile von Schwarzarbeit und werden deren Volumen deutlich reduzieren. Im Jahr 2014 hatte die Schwarzarbeit ein Volumen von etwa 340 Milliarden und damit deutlich über 10% des BIP. Der Mindestlohn muss in der Art und Weise seiner Ausgestaltung und verordnungsrechtlichen Umsetzung auf den Prüfstand gestellt und weiterentwickelt werden. Der enorm erhöhte Bürokratieaufwand aufgrund des neuen Gesetzes ist –auch nach den Nachbesserungen – mindestens einzudämmen. Langfristig gilt es zudem, den Mindestlohn zu einem System mit mehreren branchen- und regionalspezifischen Tariflöhnen weiterzuentwickeln. Die Erbschaftssteuer stellt aus unserer Sicht eine Doppelsteuer dar.

Wir brauchen weiterhin mehr Investitionen in Bildung und Weiterbildung. Unser Wissen ist der entscheidende Rohstoff der Zukunft. Für Studenten und Auszubildende brauchen wir ein mehrstufiges Modell zur Ausbildungsförderung, wie es beispielsweise in den Niederlanden besteht. Unabhängig vom Einkommen der Eltern sollte Studenten und Auszubildenden eine Grundförderung zustehen. Dieser kann abhängig von der wirtschaftlichen Situation der Eltern weiter ergänzt werden. Wir fordern elternunabhängige Finanzierungsmöglichkeiten.

Besondere Innovationskraft besitzen Neugründungen. Allerdings herrscht unter jungen Menschen in Deutschland eine große Scheu, Risiken einzugehen und ein Unternehmen zu gründen. Es bedarf daher einer neuen Gründerkultur, die Selbstständigkeit stärker als Chance und nicht als Risiko vermittelt. Schon in Schulen muss ein Verständnis für unternehmerische Zusammenhänge und Eigenverantwortung vermittelt werden. Darüber hinaus sind Gründer

gezielt zu fördern. Dies kann durch die steuerliche Privilegierung von Wagniskapitalgebern, kommunale Gründerzentren sowie serviceorientierte Beratungsangebote der Kommunen und Kammern erfolgen.

Wir fordern:

Deckelung der Lohnnebenkosten

Grundlegende Steuerreform

Abschaffung der Erbschaftssteuer

Einhaltung der Schuldenbremse

Erhöhung des Strafmaßes sowie des nachzuzahlenden Betrages bei Steuerhinterziehung

Abbau von Subventionen

Automatischer Ausgleich der kalten Progression

Abbau von Bürokratie

Investitionen in Bildung und Weiterbildung

Vermittlung ökonomischer Kompetenzen in der Schule

Bessere Rahmenbedingungen für Firmengründungen und –übernahmen

Elternunabhängige Finanzierungsmöglichkeiten für Studenten und Auszubildende

2.2 Handels- und Investitionsabkommen

Wir fragen uns:

Brauchen wir ein Freihandelsabkommen mit den USA?

Dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum ist notwendig, um unseren Wohlstand zu erhalten. Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) ist daher ein richtiger Schritt. Durch den Abbau von Zöllen würden deutsche Unternehmen sowohl günstiger Vorprodukte aus den USA beziehen als auch umgekehrt ihre Produkte günstiger in den USA verkaufen können. Allein die deutsche Automobilindustrie muss pro Jahr eine Milliarde Euro an Zöllen an amerikanische Behörden überweisen. Darüber hinaus sehen die Verhandlungsmandate vor, Normen und Standards für Produkte anzugleichen bzw. gegenseitig anzuerkennen und somit Handelshemmnisse abzubauen. Was abstrakt klingt, wird bei der näheren Betrachtung für Unternehmen sehr konkret: Die Zulassungsverfahren in den USA und Europa sehen beispielsweise für die Montage von Notschaltern an Maschinen eine unterschiedliche Höhe vor. In der Automobilindustrie müssen Außenspiegel für den europäischen Markt einklappbar sein,

in den USA nicht. Und Crashtests sowie Sicherheitsüberprüfungen sind zwar auf einem vergleichbaren hohen Niveau, aber schlicht in einem anderen Verfahren organisiert.

Insbesondere würden kleine und mittelständische Unternehmen von TTIP profitieren, da es ihnen aufgrund ihrer finanziellen und personellen Ressourcen oftmals nicht möglich ist, sich in die komplexen rechtlichen Unterschiede einzuarbeiten und ihre Produktionsabläufe anzupassen. Aber auch die Verbraucher würden durch eine größere Produktvielfalt und sinkende Preise gewinnen. Im Interesse der kleinen und mittleren Unternehmen ist auch der beiderseitige Investitionsschutz zu bewerten, der mit den Freihandelsabkommen einhergeht. Er bietet insbesondere für deutschen Mittelstand bei Auslandsinvestitionen die nötige Rechtssicherheit und zuverlässige Rahmenbedingungen. Eine vernünftig geregelte Schiedsgerichtsbarkeit wacht dabei über die Wahrung des Investitionsschutzes. Wir nehmen aber auch die Bedenken der Verbraucher ernst, die Sorge über eine Aufweichung des Verbraucherschutzes hegen (insbesondere im Lebensmittel- und Kommunikationsbereich). Eine sorgfältige Prüfung ist hier notwendig.

So werden alleine durch die Absenkung der nichttarifären Barrieren nicht nur die vom Export abhängigen Arbeitsplätze in Deutschland gestärkt (immerhin jeder vierte Arbeitsplatz), sondern weitere tausende neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die deutsche Unterstützung für TTIP ist überdies eine Frage von europäischer Solidarität. Einige Mitgliedstaaten der Europäischen Union verzeichnen seit Jahren eine wirtschaftliche Krise, die auf einem angesichts enormer Staatsschulden bedenklichen Niveau stagniert. Für die Junge Union steht fest, dass der Weg aus der Staatsschuldenkrise nicht in wiederum kreditfinanzierten Konjunkturprogrammen bestehen kann. TTIP bietet den Krisenländern in dieser schwierigen Situation die seltene Chance, kostenneutral starke Wachstumsimpulse zu setzen. Schaffen es diese Länder, Preise und Löhne an die eigene Wettbewerbsfähigkeit anzupassen, wird TTIP vor allem ein Anreiz für Investitionen aus Drittstaaten sein, mit denen dann sowohl der EU- als auch der US-Binnenmarkt erschlossen werden kann.

Abschließend bleibt TTIP aber nicht nur eine ökonomische Frage. Die USA und Europa mit ihrem gemeinsamen Werteverständnis müssen beantworten, ob sie auch zukünftig die Führungsrolle in der Welt für sich beanspruchen wollen. Jedes geopolitische Vakuum provoziert eine Übernahme durch Staaten, die nicht zwingend unsere Werte, Ansichten und Interessen teilen. Die gemeinsamen Sanktionen gegenüber Russland in der aktuellen Ukraine Krise unterstreicht

einmal mehr, wie notwendig der transatlantische Schulterchluss ist. TTIP bedeutet daher auch, Globalisierung aktiv zu gestalten und den globalen Veränderungen nicht macht- und tatenlos zuzusehen. Auch die Rahmenbedingungen für Export in politisch weniger stabile Staaten müssen verbessert werden. Die bestehenden Kriterien für die Vergabe von Hermesbürgschaften sind dahingehend zu reformieren und zu überarbeiten, dass in Zukunft wesentlich mehr deutsche Exporte in afrikanische Länder durch dieses Instrumentarium abgesichert werden können. Für den erfolgreichen Abschluss der TTIP-Verhandlungen ist es allerdings auch notwendig, das Abkommen inhaltlich nicht zu überfrachten. Eine Ausweitung der Schiedsgerichtsbarkeit durch das Abkommen ist daher zu vermeiden. Neben dem Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) sprechen wir uns unter gleichen Forderungen auch für ein Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) aus.

Wir fordern:

Erfolgreichen Abschluss der TTIP-Verhandlungen ohne Ausweitung der Schiedsgerichtsbarkeit

Vermittlung einer positiven Einstellung zu Wirtschaft und Wachstum

Stärkung der transatlantischen Partnerschaft

Abschluss weiterer europäischer Handelsabkommen

Verbesserung der Bedingungen für Hermes-Bürgschaften

Wahrung der strengen Verbraucherschutzrichtlinien

Schutz regionaler Spezialitäten (z.B. Kölsch, Schwarzwälder Schinken, Dresdner Christstollen) vor TTIP

2.3. Haushaltskonsolidierung

Eine Umverteilung des Vermögens von der Zukunft in die Gegenwart, wie sie seit Jahren auf Kosten der jungen Generation praktiziert wird, ist weder nachhaltig noch generationengerecht. Sie schadet nicht nur uns jüngeren, sondern auch der Zukunftsfähigkeit und Wirtschaftskraft unseres Landes.

Während der Bundeshaushalt in diesem Jahr eine positive Bilanz aufweist, verschulden sich viele Bundesländer noch immer massiv auf Kosten kommender Generationen. Dieser zukunftsfeindlichen Haushaltspolitik muss die Junge Union entschieden entgegenwirken, um auch nachkommenden Generationen die Chance zu geben verantwortungsvoll Entscheidungen treffen zu können. Die Länder sind daher zu ermahnen, die Schuldenregel des Grundgesetzes einzuhalten und zu sanktionieren, falls sie dies nicht tun. Entsprechende Mechanismen für letzteres sind zu schaffen.

Gleichzeitig dürfen wir nicht übersehen, dass Konsolidierungserfolge gerade der jüngeren Vergangenheit insbesondere durch das niedrige Zinsniveau möglich gemacht werden. In vielen Haushalten schlummern daher tickende Zeitbomben, da auch für Folgejahre mit entsprechend niedrigen Zinsen gerechnet wird. Wir fordern alle Verantwortlichen auf, dass Zinsrisiko nicht aus den Augen zu verlieren.

Eine Vernachlässigung der Zukunft zu Gunsten der Gegenwart findet auch durch fehlende Investitionen in unsere Infrastruktur statt. Der Investitionsrückstand bedroht bereits heute ein wesentliches Rückgrat unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Wir fordern daher, die Investitionsquote öffentlicher Haushalte deutlich zu steigern.

Wir leben derzeit in Umständen, die für wirtschaftliche Prosperität optimal sind: Wirtschaftswachstum, eine gesunde Weltkonjunktur, geringe Arbeitslosigkeit, niedrige Zinsen. Weder die Konsequenzen des demographischen Wandels noch des Fachkräftemangels haben bei uns bereits in voller Härte zugeschlagen. Mit anderen Worten bedeutet das: die Rahmenbedingungen könnten kaum besser werden. Die Politik muss daher jetzt die Chance für wirkliche Reformen des Steuer- und Sozialversicherungssystems ergreifen und unseren Staat so zukunftsfähig machen.

Wir fordern:

Eine Politik, die sich dem Generationenvertrag verpflichtet

Eine nachhaltige Haushaltspolitik

Berücksichtigung des Zinsrisikos bei der Haushaltsplanung

Mehr Investitionen in den Erhalt und Ausbau unserer Infrastruktur

Reformen des Steuer- und Sozialversicherungssystems

3. Bildung und Integration

3. 1 Digitalisierung der Bildungslandschaft

Wir fragen uns:

Wie wichtig ist der Einsatz moderner IT im Unterricht?

Wie wichtig ist digitale Aufklärung und wann sollte damit begonnen werden?

Wer übernimmt die digitale Ausbildung der Schüler?

Werden Lehrer ausreichend auf die Herausforderungen der digitalen Bildung vorbereitet?

Die Digitalisierung ist in weiten Teilen der Bildungslandschaft noch nicht angekommen. Es fehlt zum einen an technischer Ausrüstung in den Bildungseinrichtungen und zum anderen an digitaler Medienkompetenz. Letztere ist als umso bedeutender einzustufen, da der Unterricht schon durch den klugen Einsatz moderner Technologie eine attraktive didaktisch-methodische Erweiterung erfahren kann.

Lehrer sollten daher bereits im Studium und während der Berufstätigkeit in ihren digitalen Fähigkeiten weitergebildet werden. Darüber hinaus sind Schüler bereits im Grundschulalter fächerübergreifend in digitaler Medienkompetenz zu unterrichten. Insbesondere ist ein verantwortungsbewusster Umgang mit den eigenen Daten und den Sozialen Medien zu vermitteln. Aber auch das technische Verständnis soll geschärft werden, um Folgeentwicklungen leichter begegnen und mitgestalten zu können.

Bildungseinrichtungen wissen im Sinne der Subsidiarität am besten, welche Ausstattung für einen guten Unterricht benötigt wird. Daher ist die Autonomie der Einrichtungen durch eigenverantwortliche Bewirtschaftung freier Mittel auszubauen. Ihnen wird damit die Möglichkeit gegeben, durch die Anschaffung neuer Lehrmittel und die Anwendung neuer Lernmethoden sowie durch den Ausbau digitaler Lernangebote (u.a. Online-Kurse, MOOCs, Webinare etc.) eigene Profile stärker zu entwickeln. Wir fordern zudem, dass die durch digitale Medien entstehenden Daten unter Berücksichtigung des Datenschutzes anonymisiert und effektiv genutzt werden. In diesem Zusammenhang sollten Schulen auch die Möglichkeit erhalten Fachprojektstunden in den Stundenplan aufzunehmen, in denen die Schüler themenspezifisch ein Projekt eigenständig bearbeiten.

Wir fordern:

Stärkung der Medienkompetenz von Lehrerinnen, Lehrern und Lernenden

Fächerübergreifende Vermittlung von Medienkompetenz und technischem Verständnis

Ausbau der Autonomie von Bildungseinrichtungen

3.2 Berufliche Bildung

Wir fragen uns:

Brauchen wir noch die duale Ausbildung?

Sollte der Meistertitel abgeschafft werden?

Immer mehr junge Menschen nehmen in Deutschland ein Studium auf und ziehen dafür in die großen Städte und Metropolregionen, die als Hochschulstandorte eine attraktive Infrastruktur bieten. Eine der Ursachen ist dabei sicherlich eine auf Hochschulbildung fokussierte Bildungspolitik der letzten Jahrzehnte. Dabei können gerade wir Deutschen besonders stolz auf unsere duale Berufsausbildung sein, um die uns viele Länder beneiden. Denn die Absolventen einer dualen Ausbildung stehen nicht nur in relativ kurzer Zeit gut und praxisnah dem Arbeitsmarkt zur Verfügung, ihre Ausbildung wird auch in großen Teilen von den ausbildenden Unternehmen finanziert. Sie trägt zudem maßgeblich zur geringen Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland bei. Verpflichtende Schulpraktika müssen außerdem den Studienpraktika vollkommen gleichgestellt werden um auch Schülern den Zugang zu den vielfältigen Möglichkeiten von Praktika zu gewähren.

Dass seit 2013 jährlich mehr junge Menschen ein Studium als eine Ausbildung beginnen, ist aber auch mit gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen verbunden. Insbesondere mittelständische Handwerker und Unternehmen können ihren Bedarf an Lehrlingen und Facharbeitern nicht mehr decken. Das Thema der Unternehmensnachfolge ist in diesem Zusammenhang auch ein zentraler Aspekt. Daraus folgt die Erkenntnis, dass die schulische Ausbildung schulartenunabhängig, neben der Vermittlung des Allgemeinwissens, vermehrt auch die Anforderungen des Arbeitsmarktes im Blick haben muss. Dabei kann der Übergang ins Berufsleben durch verschiedene Maßnahmen erleichtert werden. Zentral sind hierbei Kooperationsprogramme zwischen Schulen und Betrieben. Auch die Berufseinstiegsklassen, die Schüler ohne Schulabschluss oder Ausbildungsplatz wieder in das System eingliedern und eine höhere Chance auf eine Ausbildung bieten, sollten weiterhin gestärkt werden aufgrund ihrer Bedeutung in unserem Bildungssystem. Zusätzlich steht auch der ländliche Raum durch den Fortzug der Jüngeren vor Herausforderungen. Denn in den großen Städten beginnen nicht nur die beruflichen Karrieren der Hochschulabsolventen, sondern auch die Familiengründungen nach dem Studium. Im ländlichen Raum potenziert sich somit der demografische Wandel.

Die Junge Union Deutschlands spricht sich klar für das duale Ausbildungssystem aus. Zur Stärkung der dualen Ausbildung zählt neben einer generellen Wertschätzung auch die Beibehaltung des Meistertitels als Qualitätssiegel und als Hochschulberechtigung. Einem Meister soll eine ähnliche Wertschätzung wie dem Bachelorstudenten entgegengebracht

werden und er ist in jedem Falle vor Angriffen aus Europa zu schützen. Er ist eine wichtige Grundlage für die Qualität unserer Handwerksbetriebe und bietet Anreiz zur Weiterqualifizierung. Die Weiterqualifizierung soll sich dabei im wirtschaftlichen und finanziellen Sinne in der Aufwertung des klassischen Facharbeiterberufs niederschlagen und damit die Attraktivität der Handwerkerausbildung verbessern. Anstatt über den Abbau weiterer Meister zu sprechen, müssen wir die Wiedereinführung des Meisters in einigen Berufszweigen anstreben. Ebenso muss der immer wieder kehrenden Forderung nach Akademisierung von Ausbildungsberufen, ein klarer Riegel vorgeschoben werden. Genauso lehnen wir eine einheitliche europäische Ausbildungsordnung strikt ab. Die duale Ausbildung und der Meistertitel müssen vor der Auswirkungen der EU-Richtlinien „über die Anerkennung von Berufsqualifikationen“ geschützt werden. Insgesamt muss es gleichzeitig auch eine stärkere Förderung von Meister- und Technikerschüler sowie die Weiterbildung von Betriebswirten geben. Dazu gehört auch eine bessere finanzielle Unterstützung von Berufsschulen sowie der überbetrieblichen Bildungszentren der Kammern. Projekte, wie das vom BMBF geförderte SWITCH sollen vorangetrieben werden. SWITCH unterstützt Studienabbrecher bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz und ermöglicht diesen, je nach Studium, eine verkürzte Ausbildungszeit.

Wir fordern:

Förderung der Gleichwertigkeit von beruflicher Ausbildung und Studium

Stärkung und Wertschätzung der dualen Ausbildung

Stärkung des Meistertitels

Angebote für Menschen ausbauen, die aus einem Studium in eine berufliche Bildung wechseln wollen

Frühzeitige Berufsberatung an Schulen weiterentwickeln sowie Stärkung der beruflichen Praxis und bessere finanzielle Unterstützung von Berufsschulen

Keine Akademisierung von Ausbildungsberufen und keine europaeinheitliche Ausbildungsordnung

Attraktivität von unterbesetzten Ausbildungsstandorten für Auszubildende erhöhen

3.3 Integration durch Bildung

Wir fragen uns:

Was sind die Kriterien einer gelungenen Integration?

Ist Deutschland ein Zuwanderungsland?

Ist muslimischer Religionsunterricht sinnvoll?

Millionen Menschen haben allein in den letzten Jahren den Weg in unser Land gefunden; sei es im Zuge der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit, einer Familienzusammenführung oder als Flüchtlinge. Wir fühlen uns den Menschen verbunden, die aus politischen oder religiösen Gründen ihre Heimatländer verlassen mussten. Ihnen die größtmögliche Unterstützung beim Aufbau eines neuen Lebens zukommen lassen zu können erfordert aber auch, Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern zeitnah und konsequent in ihre Heimatländer zurückzuführen.

Bildung und Arbeit sind die erfolgreichsten Instrumente der Integration. Daher sind verpflichtende Sprachtests für alle Kinder spätestens zum vierten Geburtstag ebenso erforderlich wie verpflichtende Sprachförderkurse und Kitabesuche bei Bedarfsfeststellung. Anerkannten Flüchtlingen muss unverzüglich der Weg in Ausbildung und Beruf eröffnet werden. Asylpolitik darf nicht als Instrument zur Bekämpfung des Fachkräftemangels dienen. Dadurch würden in Richtung der Herkunftsländer der Asylbewerber falsche Signale gesendet werden. Es wird der Eindruck vermittelt, dass man nicht nur kommen kann, um Asyl zu beantragen, sondern auch um sofort arbeiten zu können. Dadurch wird der Zustrom weiter steigen.

Die wirtschaftliche Komponente spielt in der Zuwanderung über das Asylrecht eine große Rolle, was an der Anzahl der jungen männlichen Asylbewerber ersichtlich ist. Überwiegend ermöglichen es die Familien der Herkunftsländer einem jungen männlichen Asylbewerber nach Deutschland bzw. Europa zu kommen. Hierzu werden innerhalb der Familien sämtliche Ersparnisse zusammengelegt. Diese Entwicklung wird befördert, wenn in den Zielstaaten sofortige Arbeitsmöglichkeiten geboten werden.

Das Asylrecht ist geschaffen worden, um schutzbedürftigen Menschen, die um ihr Leib und Leben fürchten und aus ihrem Heimatland vor Verfolgung, Folter und Vertreibung fliehen, eine Zuflucht zu bieten. Es orientiert sich nicht an den Erfordernissen des heimischen Arbeitsmarktes oder an dem Ausbildungsstand derer die zu uns kommen. Es geht ausschließlich um die Hilfeleistung im besten humanitären Sinne der christlichen Nächstenliebe.

In Deutschland leben mittlerweile vier Millionen Muslime. Die Hälfte davon besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft. Staatlicher islamischer Religionsunterricht ist daher ein richtiger Schritt, islamische Bildung in demokratische Bahnen zu führen und „Hinterhof-Koranschulen“ entgegenzuwirken. Dazu gehört die Ausbildung von Imamen an deutschen Universitäten. Außerdem sollte die Wiedereinführung von christlichem Religionsunterricht an deutschen Schulen gefördert und jedem Schüler angeboten werden. In den Moscheen sollen nur noch in Deutschland ausgebildete Imame predigen dürfen. Die zeitlich befristete Tätigkeit von

ausländischen Imamen, die oftmals noch nicht einmal Deutsch sprechen, lehnen wir strikt ab, da sie der Integration schadet.

Wir fordern:

Förderung der Integration durch den Ausbau von Willkommenszentren

Sprachförderung bereits vor der Einschulung

Unverzügliche Arbeitsmarktintegration von anerkannten Flüchtlingen

Zügigere, einheitlichere und unbürokratischere Anerkennung von Berufsabschlüssen nach den Anerkennungsgesetzen des Bundes und der Länder

Staatlicher islamischer Religionsunterricht

Ausbildung von Imamen an deutschen Universitäten

4. Familie und Arbeit – Wie wollen wir in Zukunft leben und arbeiten?

4.1 Ehe und Familie

Wir fragen uns:

Was ist unser Familienbild?

Hat die Ehe noch Zukunft?

Wie entlasten wir junge Familien und erleichtern Familiengründungen?

Wer erzieht unsere Kinder und vermittelt ihnen Werte?

In Deutschland gibt es immer weniger Kinder, so dass mittlerweile weniger als die Hälfte der Menschen überhaupt noch in einer Familie lebt. Natürlich bleibt die Familienplanung Privatsache. Dennoch stellen uns die niedrige Geburtenrate und der demografische Wandel vor gesamtgesellschaftliche Herausforderungen.

Mit einem Starterpaket pro geborenen Kind wollen wir vor allem junge Familien unterstützen. Diese Pakete werden aus Steuermitteln finanziert. Eine weitere zusätzliche Abgabe für gewollt und ungewollt Kinderlose ist kein angemessenes Mittel. Eine zusätzliche Abgabe stellt für Kinderlose ab einem Alter von 23 Jahren bereits der Zuschlag in der Pflegeversicherung dar. Die Kosten rund um die Geburt eines Kindes werden heute nur unzureichend vom Staat abgedeckt. Das Ehegattensplitting soll zu einem Familiensplitting weiterentwickelt werden. Hierfür gelten dieselben Finanzierungsvorschläge. Eltern sollen durch ein echtes Familiensplitting entlastet werden, bei dem das Einkommen von Eltern und unterhaltsberechtigten Kindern

zusammengefasst und gemeinsam versteuert wird. Das Kindergeld soll Familien dabei alternativ zum Familiensplitting und analog zur aktuell durchgeführten "Günstigerprüfung" erhalten bleiben. Eine wesentlich bessere Berücksichtigung von Kindern wünschen wir uns in den Sozialversicherungen, weil Kinder hier eine konkrete Entlastung bringen, oder sogar selber einzahlen werden. Bei der Berechnung von Beiträgen zu den Sozialversicherungen ist das Existenzminimum von Kindern nicht zu berücksichtigen.

Familie ist eine Lebensgemeinschaft mit Kindern, die füreinander eintritt. Familie bedeutet Zusammenhalt und generationsübergreifende Verantwortung. Demnach sind auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften mit Kindern Familien. Wir stehen zur weitgehenden Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der grundgesetzlichen Ehe. Bei den gesetzlichen Regelungen zum Adoptionsrecht sehen wir hingegen keinen Handlungsbedarf.

Wir fordern:

Weitgehende Gleichstellung von eingetragenen Partnerschaften mit der Ehe und kein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare

Ein Starterpaket für junge Familien

Einführung Familiensplitting

Ausbau der Kinderbetreuungsangebote (inkl. 24-Stunden-Angebote) und Förderung des Betreuungsgeldes

Verstärkte Unterstützung der Eltern ihre Kinder großzuziehen

Besserstellung der Erzieher

Bei der Berechnung von Sozialversicherungsabgaben das Existenzminimum der Kinder nicht zu berücksichtigen.

Einführung eines Betreuungsbudgets

Kindergeld in Höhe des Existenzminimums der Kinder

4.2 Arbeiten

Wir fragen uns:

Wie können wir dem Fachkräftemangel begegnen?

Muss sich das Betreuungssystem an die Arbeitswelt anpassen oder umgekehrt?

Was gehört zur Work-Life-Balance dazu?

Wie kann Arbeit im Alter attraktiv gestaltet werden?

Was sind gute Arbeitsbedingungen?

Demografische Entwicklung und Digitalisierung wirken sich zunehmend auf den deutschen Arbeitsmarkt aus und erfordern kontinuierliche Anpassungen der Rahmenbedingungen. Schon heute leiden 46 Prozent aller deutschen Unternehmen unter dem Fachkräftemangel; Tendenz stark steigend. Unternehmen und Verwaltungen müssen sich dieser Herausforderung stellen und stärker als bisher auf die Bedürfnisse der Angestellten eingehen. Dazu gehören insbesondere für die jüngere Belegschaft die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch den Ausbau von (Betriebs-)Kindergärten sowie die Förderung flexibler Arbeitszeitmodelle wie Home-Office, Tele-Arbeit, Gleitzeit und (Lebens-)Arbeitszeitkonten verbunden mit einer Möglichkeit zur Umstellung der täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit.

Darüber hinaus ist dem Fachkräftemangel durch Automatisierung, technische Innovationen sowie Weiterbildung der Belegschaft entgegenzutreten. Lebenslanges Lernen und Weiterbilden muss jedem Angestellten ermöglicht werden.

Um den Erfahrungsschatz älterer Arbeitnehmer noch stärker nutzen zu können, muss ein längeres Arbeiten ermöglicht werden. Ein festes gesetzliches Renteneintrittsalter ist nicht mehr zeitgemäß und sollte durch einen Bemessungszeitpunkt für Zu- und Abschläge ersetzt werden. Durch die Einführung einer solchen Flexi-Rente würden nicht nur die Unternehmen profitieren, sondern auch die älteren Arbeitnehmer durch die ihnen entgegengebrachte Wertschätzung. Dabei ist der Bemessungszeitpunkt mit der gestiegenen Lebenserwartung zu verknüpfen. Das in Dänemark praktizierte Modell könnte übertragen werden, in dem das Renteneintrittsalter stets um zwei Drittel der gestiegenen Lebenserwartung steigt. Die Berechnung ist alle fünf Jahre zu überprüfen. Insbesondere ist daher die Rente mit 63 abzulehnen, da diese das starre System zulasten der jungen Generation noch ausbaut und den bestehenden Fachkräftemangel in völliger Verkennung des demographischen Wandels befördert. Zudem muss Deutschland gezielt um Fachkräfte aus dem Ausland werben. Wir sind ein beliebtes Einwanderungsland und sollten diesen Vorteil auch für den Arbeitsmarkt nutzen.

Es gibt Menschen, die von der aktuellen wirtschaftlichen Lage nicht profitieren. Sie sind länger als ein Jahr arbeitslos und zählen somit zu den Langzeitarbeitslosen. Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Unabhängig davon, ob äußere Strukturen oder individuelle Profile verantwortlich sind, schadet Langzeitarbeitslosigkeit dem Staat und den Betroffenen. Denn Arbeit ist nicht nur für den Lebensunterhalt wichtig, sondern auch für das Selbstwertgefühl. Daher kommt in der gegenwärtig guten wirtschaftlichen Lage der Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit eine

besondere Bedeutung zu. Ein auf Regionen mit extremen SGB-II-Quoten begrenzter staatlich subventionierter Arbeitsmarkt ist einzurichten. Beispielsweise könnte durch einen Passiv-Aktiv-Tausch, bei dem die Sozialleistungen als Zuschuss für eine Beschäftigung eingesetzt werden, der passive Empfang von Arbeitslosengeld durch aktive Teilhabe am Arbeitsleben ersetzt werden. Dieser soziale Arbeitsmarkt ist in Absprache mit den Gewerkschaften und Unternehmen vor Ort zu entwickeln. Zukünftig wollen wir stärker Integration in Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit finanzieren.

Wir fordern:

Flexibilisierung von Arbeitszeit

Ausbau von Betriebskindergärten

Modernere Verwaltung (Digitalisierung, E-Government)

Lebenslanges Lernen und Weiterbilden am Arbeitsplatz

Einführung der Flexi-Rente und Kopplung des Renteneintritts an die Lebenserwartung

Übernahme aller Kosten von ALG II durch den Bund

Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes in ausgewiesenen Problemgebenden

Förderung der Work-Life-Balance durch Beibehaltung des Sonntagsschutzes

5. Digitalisierung

5.1 Digitale Wirtschaft

Wir fragen uns:

Warum kommen die größten Internetunternehmen nicht aus Deutschland?

Wie verändert die Digitalisierung unser Arbeitsleben?

Welche Jobs ersetzt bald künstliche Intelligenz?

Wie kann die Sicherheit in der Industrie 4.0 gewährleistet werden?

Google, Facebook, Amazon, Apple - die digitale Wirtschaft wird weltweit von großen US-amerikanischen Unternehmen bestimmt. Eine groß angelegte Aufholjagd würde kaum gelingen. Vielmehr müssen wir neue Nischen finden und die enge Zusammenarbeit mit Marktführern suchen. Neue Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsketten müssen auch in Deutschland erschlossen werden.

Durch Open-Data-Portale sind Daten als Gemeingut für die Entwicklung neuer Dienstleistungen und die Entstehung neuer Geschäftsmodelle zur Verfügung zu stellen. Datenschutz darf sich nicht mehr in der Verhinderung von Datenerhebung niederlegen. Vielmehr müssen wir unsere Daten besser schützen und regeln, wer über die Datennutzung entscheidet und wer welche Zugriffsrechte erhält.

Eine der spannendsten Transformationen unserer Zeit wird durch die Entwicklung vernetzter Produkte und Dienstleistungen sowie smarterer Technologien getrieben. Vernetzte Bauteile, intelligente Kühlschränke, automatisierte Produktions-, Liefer- und Wartungsketten verändern nicht nur die Anforderungen an die Arbeitnehmer, sondern revolutionieren unsere Wirtschaftsabläufe. Maschinen melden an die Produzenten, wann welches ihrer Bauteile ersetzt werden muss, 3D-Drucker drucken im häuslichen Arbeitszimmer den defekten Seitenspiegel fürs Auto aus und Haushalte werden über Drohnen beliefert. Was sich wie Zukunftsmusik anhört, wird schon in wenigen Jahren Realität sein.

Allerdings drohen der deutsche Mittelstand und die Industrie bei der digitalen Revolution und der Frage, wo die künftige Wertschöpfung stattfindet, den Anschluss zu verlieren. Asien und die USA sind uns in manchen Bereichen um Jahre voraus, da sie Entwicklern den Raum geben, neue Technologien wie das selbstfahrende Auto oder die Drohnenversorgung zu erproben. Schnelle, zuverlässige Daten- und Mobilfunknetze sind ein wichtiger Standortfaktor. Neben schnellen und technologieoffenen Breitbandausbau brauchen wir daher auch einen chancenbegreifenden Umgang mit Technologie und Fortschritt. Dort wo der Breitbandausbau nur unzureichend vorankommt, sind Subventionen, ÖPP-Modelle, aber auch Strafzahlungen oder Verpflichtungen z.B. bei Straßenerneuerung Leerrohre zu verlegen zu prüfen. Vor allem der ländliche Raum ist zu großen Teilen unterversorgt. Um Lücken im Mobilfunknetz zu schließen, mobile Datenübertragung zu beschleunigen und die Kosten des Netzausbaus effektiver zu verteilen, ist eine gemeinsame Holding aller Netzbetreiber zu gründen, welche ein gemeinsames, flächendeckendes Netz betreiben, wie es z.B. in Großbritannien bereits der Fall ist.

Die autonome Arbeitsweise von Maschinen erfordert aber auch ein klares Regelwerk. In wichtige Funktionen sollte der Mensch immer eingreifen können und die letzte Entscheidung haben. Jede Arbeit von Robotern und künstlicher Intelligenz muss der Kontrolle und Aufsicht des Menschen unterliegen.

Wir fordern:

Förderung von Open-Data-Portalen

Weiterentwicklung von Datenschutz zu Datensicherheit

Gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität

Technologiefreundliche Gesetzgebung

Ausbau von Versuchsstrecken im Realbetrieb zur Erprobung neuer System- und Forschungsansätze

Flächendeckende Breitbandversorgung

Gründung einer Holding für den mobilen Netzausbau

Gesetzliche Regelung für den Einsatz künstlicher Intelligenz

5.2 Digitale Verwaltung

Wir fragen uns:

Was kann und was muss E-Government in Zukunft leisten?

Wie kann E-Government gelingen, wenn der Staat nicht mal seine eigenen Daten schützen kann?

Brauchen wir mehr W-LAN?

Durch die Einrichtung einer zentralen Onlineplattform sollen ähnlich der Behördenrufnummer 115 die Dienstleistungen und Ansprechpartner verschiedener Behörden gebündelt werden. Die größere Transparenz der inneren Abläufe, sowie die Möglichkeit, Behördengänge online durchzuführen, kann auf diese Art ein besseres Verständnis für die Behörden seitens der Bevölkerung erzeugen. Gleichzeitig muss auch die Kommunikation und der Datenaustausch unter den Behörden weiter ausgebaut werden, um Synergieeffekte zu erschließen. Dazu ist auch die Einführung einer elektronischen Aktenführung erforderlich, deren Bearbeitungsstatus online eingesehen werden kann.

Durch die rechtliche Gleichstellung von Anbietern öffentlicher WLAN-Netze mit Providern (Netzanbietern) soll eine flächendeckende Versorgung mit freiem WLAN in Bussen, Bahnen sowie in allen öffentlichen Gebäuden und Innenstädten erreicht werden.

Wir fordern:

Abbau von Bürokratie

Ausbau von E-Governance und E-Government

Einführung der E-Akte in allen Behörden

5.3 Cyber-Kriminalität

Wir fragen uns:

Wie schützen wir zukünftig staatliche Einrichtungen und kritische Infrastrukturen vor äußeren Angriffen?

Sind die Informationen über die Abwehr von Cyber-Kriminalität ausreichend?

Was müssen Unternehmen tun, damit Daten nicht gestohlen werden?

Ein neues Bewusstsein im Bereich der Cyber-Sicherheit ist notwendig. Private und öffentliche Systeme sind oftmals nicht oder sehr schlecht abgesichert. Eine nationale Cyber-Sicherheitsstrategie soll Kompetenzen bündeln und die Zusammenarbeit der Länder und ihrer Behörden untereinander stärken. Die Sicherheitsbehörden - Polizei, Nachrichtendienste, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) sowie das Nationale Cyber-Abwehrzentrum (NCAZ) - müssen personell und technisch für die Bekämpfung von Cyberkriminalität ausgestattet werden.

Das Internet darf kein rechtsfreier Raum ohne Werte sein.

Gegenüber der zunehmenden Bedrohung durch Cyber-Wars muss Deutschland seine Kompetenzen deutlich erweitern. Dazu ist auch die stärkere Erforschung von Cyber-Kriegsführung notwendig, um den Wissens- und Technologievorsprung von Staaten wie den USA, Russland und China aufzuholen, um uns besser vor diesen zu schützen.

Wir fordern:

Nationale Cyber-Sicherheitsstrategie

Bessere Ausstattung von Sicherheitsbehörden für die Bekämpfung von Cyber-Kriminalität

Personalisierte Netzzugänge

Intensivierung deutscher Forschung über den Einsatz von Cyber-Kriegsführung und Verteidigungsmaßnahmen

Verlängerung der Fristen bei der Vorratsdatenspeicherung auf 16 Wochen

6. Zukunftsthema Energie

6.1 Energiewende

Wir fragen uns:

Lässt sich der Klimawandel durch die Energiewende aufhalten?

Sind die Kosten gerechtfertigt und wer soll sie tragen?

Muss der Energiemarkt weiter liberalisiert werden?

Die Energiewende ist politisch und gesellschaftlich gewollt. Sie ist ein notwendiger, aber auch ein mutiger Weg. Damit sie sich zum Exportschlager entwickelt, andere Länder und Wirtschaftsräume zur Nachahmung animiert sowie die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen nicht schwächt, sind Anpassungen erforderlich. Die Energiewende muss eingebettet werden in ein europäisches Konzept, das der Europäisierung des Strommarktes Rechnung trägt und Kapazitäten und Netzauslastung in Balance bringt. Insbesondere muss die deutsche Energiepolitik einen verlässlichen Rechtsrahmen bieten. Eine Kleinststeuerung auf kommunaler oder Länderebene führt zur Verunsicherung der Marktteilnehmer und ist abzulehnen. Dort, wo staatliches Handeln notwendig ist, muss der Bund die Koordinierung der Energiewende übernehmen und notfalls den Ländern auch Weisungen erteilen können.

Wenn die Energiewende ein Erfolgsmodell werden soll, muss das 40-Prozent-CO₂-Einsparziel im Jahr 2020 gegenüber 1990 erreicht werden. Die Hauptsteuerungsinstrumente sind hierfür der CO₂-Emissionshandel, der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, die Modernisierung der Maschinenparks sowie die Sanierung von Gebäuden. Aber auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) muss weiterentwickelt werden. Erneuerbare Energien müssen schrittweise an den Markt herangeführt und in das Energiesystem integriert werden. Hierzu gehört auch die verstärkte Nutzung von Ausschreibungsmodellen und Direktvermarktung.

Darüber hinaus ist die Erforschung neuer Speichertechnologien durch mehr Mittel sowie die Verknüpfung öffentlicher und privater Forschungsvorhaben zu stärken. Denkverbote dürfen dabei nicht bestehen, sodass auch die Möglichkeit von CCS (Carbon Capture Storage) geprüft werden muss.

Einen zeitgleichen Ausstieg aus der Kernenergie und aus der Kohlekraft lehnt die Junge Union ab. Deutschland ist als eine der führenden Industrienationen in besonderem Maße auf eine hohe Bereitstellungssicherheit angewiesen, der erneuerbare Energien angesichts einer starken Volatilität und begrenzter Speichermöglichkeiten nicht gerecht werden. Eine Beibehaltung der

Kohlekraft mildert zudem den starken Anstieg der Strompreise ab, sodass Unternehmen und Verbraucher nicht überfordert werden.

Auch die Digitalisierung der Energiesysteme und eine damit einhergehende Liberalisierung des Marktes müssen zügig vorangetrieben werden. Intelligente Systeme helfen, Anbieter zu wechseln und günstigsten Strom zu beziehen. Endverbrauchern muss der Zugang zu Strombörsen offen stehen.

Smart Homes und Smart Grid, die sich selbst mit Energie versorgen und über Stromspeicher verfügen, müssen gezielt gefördert werden. Auch gilt es, die Forschung in diesem Bereich auszubauen, um die Effizienz und Langlebigkeit der Systeme zu verbessern.

Die Trassierung von Stromleitungen ist von nationaler Bedeutung. Dazu gehört aber auch, Vorschläge und Einwände von Anwohnern zu hören sowie die Ehrlichkeit, den Betroffenen frühzeitig und mit größtmöglicher Transparenz zu vermitteln, dass nicht alle Einzelinteressen berücksichtigt werden können. Gleichzeitig ist der Rechtsweg zur schnelleren Umsetzung der Maßnahmen zu verkürzen. Einzelne Bundesländer dürfen bundeseinheitliche Pläne nicht konterkarieren.

Wir fordern:

Marktwirtschaftliche Ausgestaltung der Energiewende bei subsidiärer Koordination durch den Bund

Umsetzung der Klimaschutzziele

Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung

Bessere steuerliche Absetzbarkeit von Gebäudesanierungen

Ausschreibungen und Direktvermarktung im EEG

Stärkere Förderung der Erforschung von Speichertechnologien

Digitalisierung der Energiesysteme zur Liberalisierung des Marktes

Ausbau smarterer Technologien zur besseren Vernetzung und Effizienzsteigerung

Förderung von Smart Homes und Passivhäusern

Verkürzter Rechtsweg beim Bau von Stromtrassen

Förderung von energieeffizienten Technologien

Förderung von Start-Up Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien

6.2 Versorgungs- und Rohstoffsicherheit

Wir fragen uns:

Wie sieht der Konkurrenzkampf um Rohstoffe in der Zukunft aus?

Wie viele Forderungen nach „Good Governance“ verträgt die wirtschaftliche Zusammenarbeit?

Brauchen wir eine europäische Energieunion?

Wie stellen wir die Stromversorgung sicher?

Rohstoffsicherheit ist unbestritten wichtig. Allerdings gibt es auch viele negative Aspekte wie Landgrabbing bei der Landwirtschaft in Afrika, Kinderarbeit oder die Zusammenarbeit mit autoritären, menschenverachtenden Regierungen. Auch aus diesen Gründen muss eine einseitige Abhängigkeit von Rohstoffimporten durchbrochen und vermehrt in die Ressourcengewinnung innerhalb Europas investiert werden. Dazu zählen die Erforschung neuer Technologien, um einen Abbau auch bei uns profitabel zu machen (beispielsweise Benzin und Erdöl aus Kohle sowie Fracking), die Verbesserung von Recycling-Möglichkeiten sowie die Entwicklung alternativer Rohstoffe. Anschließend Renaturalisierungsmaßnahmen müssen dabei aber stets durch den Verursacher finanziert werden.

Fracking lehnen wir ab, wenn bei der Förderung Chemikalien zum Einsatz kommen, die das Grundwasser und die Bodenstruktur stark gefährden. Umweltfreundliches Fracking sollte jedoch keinesfalls aus ideologischen Gründen ausgeschlossen werden, sondern kann gerade für die Unabhängigkeit von Erdgasimporten, beispielsweise aus Russland, von enormer Bedeutung sein.

Auf europäischer Ebene bedarf es einer Energieunion mit dem Ziel einer höheren europäischen Versorgungssicherheit. Eine Grundbedingung hierfür stellt die Vollendung des europäischen Binnenmarktes dar. Die Energiesysteme in der Daseinsvorsorge und im Sicherheitsbereich müssen durch autonome Systeme abgesichert werden, damit die Einrichtungen von Militär, Polizei und Krankenhäusern jederzeit zur Verfügung stehen. Deutschland ist nach wie vor nicht in der Lage, sich mit allen Grundnahrungsmitteln selbst zu versorgen. Daher treten wir auch weiterhin für eine moderne und effiziente Landwirtschaft ein, die auch unter Einsatz neuer Technologien, einen möglichst hohen Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln des täglichen Bedarfs sicherstellt.

Wir fordern:

Ausbau der Unabhängigkeit von Rohstoffimporten

Verbot von Fracking, wenn Gefahr für Mensch und Umwelt besteht

Verwirklichung der europäischen Energieunion

Absicherung der Energiesysteme in der Daseinsvorsorge und im Sicherheitsbereich

Unsere Botschaft ist klar: Wir sind keine Pessimisten. Wir freuen uns auf die Zukunft und möchten sie aktiv gestalten